

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)**

**zu den dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen  
vor dem Bundesverfassungsgericht**

- a) Antrag der Bundestagsabgeordneten Dr. Helmut Kohl, Dr. Friedrich Zimmermann und 189 weiterer Mitglieder des Bundestages gegen das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977 — BGBl. I S. 1229 —  
Az. 2 BvF 1/77**
- b) Antrag der Bayerischen Staatsregierung gegen das genannte Gesetz  
Az. 2 BvF 2/77**
- c) Antrag der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegen das genannte Gesetz  
Az. 2 BvF 4/77**
- d) Antrag der Landesregierung von Baden-Württemberg gegen das genannte Gesetz  
Az. 2 BvF 5/77**

### **A. Problem**

Die Verfassungsstreitsachen BvF 1/77, 2 BvF 2/77, 2 BvF 4/77 und 2 BvF 5/77 sind dem Deutschen Bundestag vom Bundesverfassungsgericht zugeleitet worden. Der Bundestag hat in diesen Fällen ein Recht zur Äußerung. Das Bundesverfassungsgericht hat für eine etwaige Äußerung eine Frist bis zum 31. Oktober 1977 gesetzt. In seiner 42. Sitzung am 15. September 1977 hat der Bundestag bereits den Beschluß gefaßt, sich zu den damals vorliegenden Verfassungsstreitsachen 2 BvF 1/77 und 2 BvF 2/77 in dem Sinne zu äußern, daß die beiden Anträge abgelehnt werden sollten.

**B. Lösung**

Der Rechtsausschuß empfiehlt dem Bundestag einstimmig bei Stimmenthaltung der Opposition, für die Abgabe der Stellungnahme des Bundestages zu den vorliegenden Streitsachen als Prozeßvertreter Herrn Prof. Erhard Denninger, Am Wiesenhof 1, 6240 Königstein, zu bestellen.

**C. Alternativen**

keine

**D. Kosten**

Honorarkosten für den Prozeßvertreter.

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

für die Abgabe der Stellungnahme des Bundestages zu den Verfassungsstreitsachen 2 BvF 1/77, 2 BvF 2/77, 2 BvF 4/77 und 2 BvF 5/77 gegen das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977 (BGBl. I S. 1229) als Prozeßvertreter Herrn Prof. Erhard Denninger, Am Wiesenhof 1, 6240 Königstein, zu bestellen.

Bonn, den 19. Oktober 1977

### Der Rechtsausschuß

**Dr. Lenz (Bergstraße)**

Vorsitzender

**Dr. Emmerlich**

Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Dr. Emmerlich

Mit den vier Verfassungsklagen wird beim Bundesverfassungsgericht beantragt, das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977 mit dem Grundgesetz für nicht vereinbar und deshalb für nichtig zu erklären. Der Deutsche Bundestag hat bereits in seiner 42. Sitzung am 15. September 1977 beschlossen, zu den damals vorliegenden Anträgen 2 BvF 1/77 und 2 BvF 2/77 eine ablehnende Stellungnahme abzugeben.

Der Rechtsausschuß empfiehlt nunmehr einstimmig bei Enthaltung der Opposition, für die Abgabe der Stellungnahme des Bundestages zu allen vier Verfassungsklagen, die sich gegen die Novelle des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes richten, als Prozeßvertreter Prof. Erhard Denninger zu bestellen.

Bonn, den 19. Oktober 1977

**Dr. Emmerlich**

Berichterstatter